

Sendung: Dienstag, d. 6.3.1956

15.00 - 15.15 MW

155
Allein diese wenigen Andeutungen...
Problematik der polnischen Emigration...
DIE POLNISCHE EMIGRATION UND OSTDEUTSCHLAND
Stellung zu Ostdeutschland...

Überschaubare Struktur der Emigration...

Ihre vielfältigen Argumente zur Darstellung...

Zeilen: 180
dargestellt.

Verfasser: Armin Drog

Sprecher: 1955 fand in Manchester / England anlässlich des polnischen Unabhängigkeitstages eine große Kundgebung der Exilpolen statt in Anwesenheit des polnischen Generals Anders statt. Im Verlaufe dieser Kundgebung wurde eine "Charta der freien Polen" verkündet, der die 7000 polnischen Emigranten mit stürmischem Beifall zustimmten. Im Punkt zwei dieses Gelöbnisses heißt es: Mit aller Ausdauer werden wir für die Freiheit unseres Vaterlandes kämpfen, - unseres Vaterlandes Polen in seinem vollen territorialen Umfang, mit Lemberg und Wilna im Osten - mit Breslau und Stettin im Westen!"

Diese Entschließung der Exilpolen scheint erneut zu bestätigen, daß die Auffassung der polnischen Emigration in der Frage der Westgrenzen Polens mit der der polnischen Regierung in Warschau übereinstimmt.

Trifft das nun wirklich zu? - oder handelt es sich bei dieser Erklärung der Exilpolen vielmehr um einen taktischen Zug im politischen Spiel, der darauf abgestellt ist, der kommunistischen Warschauer Regierung in ihrem Kampf gegen die Emigration keine neuen Waffen zu liefern? Denn welcher polnische Exilpolitiker könnte es wagen, gerade in der Frage der Westgrenzen Polens irgendwelche Zugeständnisse zu machen, ohne zugleich die Gunst seiner Anhänger aufs Spiel zu setzen und das ohnehin schwache Echo aus dem Mutterland vollends zum Verstummen zu bringen? Auf diesen Widerhall ist die polnische Emigration aber angewiesen, will sie nicht ganz isoliert werden und politisch verkümmern. Gestzt den Fall, die polnischen Exilpolitiker hätten eine andere - uns genehmere - Haltung zur Westgrenze Polens eingenommen, dann wäre sicherlich aus Warschau sofort diese oder eine ähnliche Antwort gekommen: "Seht, sie verschachern unser Land, die Verräter und Neofaschisten!"

Allein diese wenigen Andeutungen enthüllen schon die ganze Problem-
Problematik der polnischen Emigration. Die Frage nach ihrer Stellung
Stellung zu Ostdeutschland erfordert es, die nicht leicht über-
überschaubare Struktur der Emigration nachzuzeichnen und ihre
ihre vielfältigen Argumente zur Oder-Neiße-Linie zu ordnen und
darzustellen.

Die Bildung einer polnischen Exilregierung in London erfolgte
in letzten Krieg. Sie wurde von den Alliierten, vom Vatikan
und allen neutralen Staaten anerkannt. Jedoch nach der Konferenz
von Potsdam genoß diese Regierung nur noch Asylrecht in England.
Als dann die Westmächte das kommunistische Regime in Warschau
anerkannten, hatte die polnische Exilregierung einen schweren
Stand, sich bei allen Emigranten durchzusetzen. Mikołajczyk,
der letzte Premierminister des Exils aus der Kriegszeit, kehrte
von London nach Warschau zurück. Dort übernahm er das Amt eines
stellvertretenden Ministerpräsidenten; jedoch nach einem zwei-
jährigen Aufenthalt in der polnischen Hauptstadt floh er wieder
in den Westen. Eine Gruppe von Exilpolitikern stellte sich ihm
zur Verfügung und sonderte sich von der Exilregierung ab. Die
Aufsplitterung war nicht mehr aufzuhalten.

1949 gab es in der polnischen Emigration drei politische Zentren:
1. die Exilregierung, die von jenen Parteien gebildet wurde,
die den Präsidenten Zaleski unterstützten,
2. den Politischen Rat, der in Opposition zur Regierung stand
und
3. die Gruppe um Mikołajczyk, von der sich Regierung und Oppo-
sition klar abgesetzt hatten.

Verhandlungen zur Bildung einer Nationalen Vereinigung führten
in den folgenden Jahren nicht zum Ziel. Als dann noch General
Anders erklärte, daß er Zaleski nicht mehr als Staatspräsi-
denten anerkennen, zerfiel die politische Führung der polni-
schen Emigration.

Zaleski bildete daraufhin eine neue Regierung mit Mackiewicz,
dem bekannten Publizisten und ehemaligen Chefredakteur des
Wilnaer Slowo als Ministerpräsidenten. Der Politische Rat,
verstärkt durch die bisherigen Anhänger Zaleskis, konstituierte

sich als "Vorläufiger Rat der Nationalen Einheit", aus dessen Mitte der "Rat der Drei" hervorging, der etwa dem Präsidentenamt entspricht. Die "Exekutive des Vorläufigen Rates der Nationalen Einheit" kann man als Regierung dieser Emigranten-Gruppe ansprechen. Zum "Rat der Drei" gehörten der Vorsitzende der Sozialisten, Arciszewski, General Anders und der Botschafter Raczynski.

Die Situation wurde aber immer unübersichtlicher und begann chaotische Formen anzunehmen, als Zaleski im Sommer 1955 seinen Premier zum Rücktritt bewog und den fast ungekannten Gewerkschaftsfunktionär Hanke zum Regierungschef ernannte. Hanke jedoch verließ im Herbst vorigen Jahres London und ging ins kommunistische Lager über. Von Warschau aus fordert er nun seine Landsleute in der Emigration zur Rückkehr nach Polen auf. Auch der "Vorläufige Rat der Nationalen Einheit" scheint vor einer Krise zu stehen. Am 20. November starb der Nestor der polnischen Sozialisten, Thomas Arciszewski, der Präsident des "Rates der Drei". Damit ist auch diese Führungsgruppe in ihren Aktionen gelähmt.

Wie reagiert nun die Masse der Emigranten auf dieses jahrelange makabre Spiel der politischen Führungsschicht? Nun, sie bekundet deutlich ihr Mißvergnügen; die Parteipolitik langweilt sie. Berufsorganisationen, bedeutende Gelehrte und talentierte junge polnische Schriftsteller gewinnen immer mehr Einfluß. Sie geben den politischen Leben der Exilpolen neue Impulse. Für uns ist es deshalb wichtiger, Bestrebungen dieser Richtung unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, als Programme und Deklarationen politischer Gruppierungen der Emigration zu studieren. Den großen überparteilichen Zeitschriften der polnischen Emigration - wie etwa der in Paris erscheinenden KULTURA - sollte dabei unser besonderes Interesse gelten.

Aber kehren wir zu unserer Ausgangsfrage zurück: Welchen Standpunkt vertritt nun die polnische Emigration hinsichtlich unserer deutschen Ostgebiete, die sich nun schon seit über Zehn Jahren unter der Verwaltung des kommunistischen Polen befinden?

Die Forderung nach einem freien Polen mit der Westgrenze an

Oder und Neiße, von den Vertretern der verschiedensten politischen Gruppierungen in Manchester mit starkem Beifall angenommen, gibt tatsächlich die Einstellung der polnischen Emigration zu dieser Frage wieder. Die sogenannte Freidensgrenze an Oder und Neiße, von Pankow und Warschau 1950 sanktioniert, wird auch in diesen polnischen Exilkreisen als einzig mögliche Lösung gepriesen. Erst unter dieser Voraussetzung, so argumentiert man, lasse sich ein gutes deutsch-polnisches Nachbarschaftsverhältnis aufbauen, das nicht mehr durch den Ballast nationaler Minderheiten auf beiden Seiten der Grenze beschwert sei. In dieser Farge also befindet sich die polnische Emigration in voller Übereinstimmung mit der kommunistischen Regierung in Warschau! Begründete wird diese fast einheitliche Stellungnahme zur Frage des deutsch-polnischen Verhältnisses allerings auf verschiedene Weise. Nationale Ressentiments spielen dabei eine nicht unbedeutende Rolle. Sie haben ihre Wurzeln schon in früherer Vergangenheit und nicht erst in der jüngsten Geschichte. Besonders das Zusammenwirken Friedrichs des Großen mit Rußland bei den Teilungen Polens scheint sich dem politischen Bewußtsein der Polen eingeprägt zu haben. Charakteristisch ist, daß diese Ressentiments sich mit aller Schärfe gegen Preußen richten und dann erst gegen das deutsche Volk als Ganzes. Für die meisten Polen ist Preußen der verhaßte Erbe des gefürchteten Kreuzrittertums des Mittelalters. Schließlich sind es auch konfessionelle Gegensätze, die seit der Gegenreformation die Beziehungen der beiden Völker in den Überschneidungszonen Osteuropas in eine oft unerträgliche Spannung versetzten und ihre Spuren deutlich hinterlassen haben. Der Kulturkampf in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts betraf die Polen in demaligen preußischen Staat in besonderem Maße, und der Schulstreik von Wreschen, einer kleinen Stadt in der ehemaligen Provinz Posen, wurde zum Sinnbild national-konfessionellen Widerstandes der Polen. So darf man sich nicht wundern, wenn sich aus allen diesen Ereignissen für viele polnische Emigranten heute der Schluß ergibt, daß ein Wiedererstehen Preußens auf alle Fälle verhindert werden müsse. Ein Grenzverlauf an Oder und Neiße würde ihrer Meinung nach diese Forderung erfüllen, da Preußen ohne Ostbrandenburg, Schlesien,

Pommern, Ost- und Westpreußen einfach nicht bestehen könne. Also müsse Ostdeutschland unter polnischer Herrschaft bleiben und auch einem künftigen Polen für alle Zeiten einverleibt werden.

Ein anderes Argument, dem man häufig in Kreisen der polnischen Emigration begegnet, besagt dies: Seit dem Bestehen des Nationalismus strebe Deutschland die Vorherrschaft in Europa an. Es werde diese für seine Nachbarn bedrohlichen Bestrebungen fortsetzen, solange ihm die für seine Rüstungswirtschaft notwendigen Industrie- und Rohstoffgebiete zur Verfügung stehen. Deshalb müsse das Saargebiet einer internationalen Kontrolle unterstellt werden und Deutschland der Zutritt zu den Zechen und Hütten Schlesiens versperrt bleiben! So glaubt man in polnischen Kreisen den Aufbau einer deutschen Rüstungswirtschaft in einem für seine Nachbarn bedrohlichen Ausmaße zu verhindern. Wenn diese Rohstoffbasen fehlen und auch die Produktionsstätten in Schlesien nicht mehr zur Verfügung stehen, werde sich Deutschland - so folgert man - zu einem Zentrum der Ordnung und des Wohlstandes entwickeln und allen hegemonialen Gelüsten abschwören. Auch hier die Schlußfolgerung: um jeden Preis die Grenze an der Oder, den Sudeten und am Bayerischen Wald stabilisieren.

Schließlich wird ein drittes Argument für die Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens ins Feld geführt: Als Kriegsfolge verlor Polen seine eigenen Ostgebiete an die Sowjet-Union. Es wurde - nicht durch seinen eigenen Willen - in die Grenzen des alten Piastenstaates des Mittelalters zurückgedrängt. Wenn nun Westdeutschland seinen Lebensstandard auf den heutigen Niveau halten wolle, könne es nicht einmal einen geringen Teil seiner Bevölkerung entbehren. Schon eine Wiedervereinigung werde einen fühlbaren Mangel an Arbeitskräften in Gesamtdeutschland zur Folge haben. So sei nicht daran zu denken, daß Deutschland überhaupt je einmal wieder die Menschen haben werde, die zur Wiederbesiedlung Ostdeutschland nötig sind. Wäre es unter diesen Gegebenheiten nicht besser, - so fargen die Verfechter dieses Argumentes - zu den Gebilden des

Piastenstaates und des deutschen Kaiserreiches des Mittelalters zurückzukehren?

Gering an Zahl, doch nicht ohne Gewicht und Bedeutung sind Stimmen in der polnischen Emigration, die der historischen Forderung polnischen Forderung "Alles oder nichts" und damit auch einem engen nationalistischen Denken abgesagt haben. In einem vereinigten Europa wären Grenzfragen ohnehin ein Anachronismus. Wo einmal die Grenze zwischen Deutschland und Polen verlaufen werde, sei eine zweitrangige Frage. Heute gelte es, einen künftigen deutsch-polnischen Nachbarschaftsverhältnis den Weg zu ebnen. Diese Stimmen sind noch nicht stark und zahlreich genug, um sich durchsetzen zu können. Daß sie vorhanden sind, läßt uns auf eine Abkehr von den starren Normen eines nationalstaatlichen Denkens in weiten Kreisen der polnischen Emigration hoffen. Nur so kann über Trümmer von Unrecht und Gewalt der Weg zu einer Regelung freigemacht werden, die den Wünschen beider Völker gerecht wird.

Sprecher: Schlott